

Pressemeddelelse  
Kiel, 07.07.1999

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Verbeamtung der Lehrkräfte: SSW steht Entscheidung der Landesregierung mit gemischten Gefühlen gegenüber**

Bei der Aktuellen Stunde zu den "Auswirkungen der Ministerpräsidentenkonferenz auf die Personalpolitik des Landes Schleswig-Holstein", sagte die Vorsitzende des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Anke Spoorendonk, heute unter anderem:

"Der SSW steht der Entscheidung der Landesregierung, angestellte Lehrkräfte ins Beamtenverhältnis zu übernehmen, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen, mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Wir begrüßen natürlich, daß durch diesen Beschluß kurzfristig bis zu 800 neue Lehrerstellen möglich werden, für Strukturverbesserungen bei den unteren Einkommen von Polizei, Justiz und Steuerverwaltung gesorgt wird und daß auch die Neuverschuldung reduziert werden kann.

Aber wir vertreten weiterhin die Auffassung, daß diese Entscheidung langfristig eine sehr große finanzielle Belastung für den Landeshaushalt darstellt. Durch die ermöglichte Verbeamtung von angestellten Lehrern, wird den künftigen Generationen von Steuerzahlern eine unverantwortlich hohe Pensionslast zugeschoben.

Allerdings blieb der Landesregierung kaum eine andere Wahl, als jetzt erst

einmal einen Schlußstrich bei der Entbeamtungspolitik zu ziehen. Auch der SSW hat sich immer dafür ausgesprochen, daß ein Alleingang Schleswig-Holsteins in dieser Frage auf Dauer nicht durchzuhalten ist. Dazu kam die sehr schwer zu vermittelnde Tatsache, daß angestellte Lehrkräfte unter dem Strich weniger als verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Gehaltstüte vorfinden.

Der jetzt vorgeschlagene Kompromiß, daß angestellten Lehrkräfte unter bestimmten Voraussetzungen nach fünf Jahren in ein Beamtenverhältnis übernommen werden können, ist vor dem Hintergrund der mißlichen Lage akzeptabel. Damit bleibt die Flexibilität der Schulen gewahrt, die angestellten Lehrkräfte bekommen eine vernünftige Perspektive und auch die eingezahlten Rentenbeiträge der Landesregierung gehen nicht verloren."